

Der ADGB-Kongress geschlossen

Die Opposition zu den Bildungsfragen — Der wirtschaftsfriedliche Ausklang

5. Verhandlungstag

Hamburg, den 7. September.

Zu Beginn des letzten Verhandlungstages wollte der oppositionelle Delegierte Friedel dem Kongress die Mitteilung machen, daß er von seinem Unternehmer wegen Teilnahme am Kongress fristlos entlassen wurde. Das Präsidium genehmigte jedoch dem Delegierten Friedel nicht, diese Tatsache mitzuteilen, jedenfalls weil sie zu schlecht zu der Theorie der Wirtschaftsdemokratie paßt.

Es wurde zunächst die Diskussion über das Bildungsreferat fortgesetzt und als erster Redner sprach der oppositionelle Delegierte Kraus, Stuttgart. Er führte aus:

Wenn wir uns den Bericht des Referenten ansehen, so muß festgestellt werden, daß insbesondere in Bezug auf das staatliche Schulwesen nicht von Fortschritten gesprochen werden kann. Ueberhaupt hat der Referent nur ungenügende Ausführungen gestellt. Bei der Fülle des Materials kann ich nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern werde nur zwei wichtige Fragen behandeln:

Bei der Betrachtung des staatlichen Schulwesens sehen wir, daß solange das kapitalistische System besteht, das Schulwesen nur der Festigung und Sicherung dieses Systems dient. Das beweisen zunächst einmal die Lehrpläne, die wir in den Volksschulen haben, wobei nicht vergessen werden soll, an den Kampf wegen des Reichsschulgesetzes und des Konkordates in Bayern zu erinnern. Bei dieser Gelegenheit ist auch auf die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und damit auch der Gewerkschaften zum staatlichen Schulwesen hinzuweisen. Der Kampf gegen das kapitalistische Schulwesen bedeutet gleichzeitig den Kampf gegen den kapitalistischen Staat. Die Gewerkschaften müssen der Erziehung in demütigen Klassenkampf dienen. Das gleiche gilt auch für die in Frage kommenden Lehrkräfte, die unbedingt auf dem Boden des Klassenkampfes stehen müssen.

Eine weitere Bildungsmöglichkeit ergibt sich durch die Gewerkschaftsschulen, die entsprechend ausgebaut werden muß. Es muß unterbleiben, die Mitglieder mit den Aufgaben der Wirtschaftsdemokratie vollzustatten. Weiter muß aus der Gewerkschaftsschule die Bekämpfung der Koalitionspolitik verschwinden.

Die Gewerkschaften müssen auch die Entsendung von Schülern zu den staatlichen Wirtschaftsschulen solange ablehnen, solange die Gewerkschaften nicht die Kontrolle, d. h. den Einfluß auf das Lehrprogramm und die Lehrkräfte haben. Ich erinnere an die Wirtschaftsschule in Gumburg in Württemberg, an der nur bürgerliche Lehrkräfte tätig sind.

Daß von solchen Hochschulen Gewerkschaftsmitglieder nicht als Marxisten wiederkommen, ist jedem klar. Ein Hauptanliegen muß auf den Literaturunterricht gerichtet werden. Es darf nicht so gehen, wie es der Verlagsgewerkschaft des ADGB macht, daß sie Bibeln zum Verkauf anbietet und für das amerikanische Ford-System Propaganda macht. Das bedeutet keine Erziehung im Sinne der sozialistischen Erziehung. Wir verlangen daher, daß nur Bücher und Schriften vertrieben werden, die im sozialistischen Sinne geschrieben und mit sozialistischem Geiste erfüllt sind. Außerdem verlangen wir die Beschäftigung der Presse für Bücher und Zeitschriften, damit sie auch von den Arbeitern gekauft werden können.

Zum Schluß sei noch auf folgende Punkte hingewiesen: Kein Tagesordnungspunkt ist auf dem ganzen Kongress behandelt worden, in dem man nicht über die oppositionelle Richtung hergefallen ist. Der Referent glaubte sagen zu müssen, daß die kommunistische Gewerkschaftsarbeit nicht zum Vorteil für die Gewerkschaften ist. Wir werden uns natürlich mit aller Entschiedenheit gegen diese Behauptung, denn wir sind in der Lage, den Nachweis der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Ortsvereinigungen zu erbringen. Trotzdem wird das nicht anerkannt und dadurch ist der Beweis erbracht, daß die schönen Worte des Kollegen Hegler, Breslau, und des Bundesvorstandsmittels Glasmann, die sie beim ersten Punkt der Tagesordnung gebrauchten, nicht den Tatsachen entsprechen. Dort erklärten sie nämlich, daß kein Kommunist in den Gewerkschaften behindert wird, keine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich gewerkschaftlich zu betätigen. Man bekommt wirklich manchmal das Gefühl, daß es ein wenig unangenehm ist, wenn von kommunistisch beherrschten Ortsvereinigungen Erfolge zu verzeichnen sind. Trotz der Herabsetzung und Herabwürdigung unserer erfolgreichen Arbeit werden wir nach wie vor als Kommunisten in den Gewerkschaften unsere Pflicht erfüllen." (Höhnisches Geschrei der Bureaukratie.)

Nach Reihmann, Hamburg, und Ulrich, Berlin, sprach der Delegierte A. in d. Dresden, der gegen den ADGB-Vorstand polemisierte, weil dieser gegen die Französischen Arbeiterhochschule ist. Er brachte zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften nicht zum Sozialismus erziehen, sondern für den Tageskampf kämpfen sollen. In seinem Schlusswort sprach Hecker bereits dankend davon, daß Generring die Technische Hochschule aufgelöst habe. (In Wirklichkeit sprach Generring nur von Erparnissen vom Etat der Technischen Hochschule.)

Es folgte die Wahl des Bundesvorstandes, bei der die Reformisten ihre internen Differenzen auf offener Szene ausstießen.

Auf der Vorschlagsliste fehlen nämlich neben dem franken Jäger (Textilarbeiterverband), die bisherigen Vorstandsmittglieder Brunner (Verkehrsbund), F. Fert (Lebensmittel- und verarbeitender Arbeiterverband) und Sabath (Befreiungsarbeiterverband).

Zunächst forderte Schuhmann vom Verkehrsbund die Wiederwahl Brunners, da sonst die Transportarbeiter mit insgesamt 850 000 Mitgliedern, die 20 Prozent des gesamten ADGB ausmachen, überhaupt keine Vertretung im Bundesvorstand mehr haben.

Dann bedauerte sich ein Vertreter des Befreiungsarbeiterverbandes, daß sie jetzt nicht mehr im Vorstand vertreten wären, da Sabath ohne Vertretung mit der Verbandseitung auf eine Wiederwahl (angeblich freiwillig) verzichtet habe. Er schlägt statt dessen Martin Vietz vor.

Auch ein Vertreter des Verbandes der Lebensmittel- und Getreidearbeiter forderte die Wiederwahl Sanders.

Für die Opposition gab der Delegierte Friedel eine Erklärung ab, die wir am Sonnabend bereits veröffentlicht haben. Simon (Schuhmacherverband) sprach dann gegen die bis jetzt im Widerspruch drei Vorschläge der genannten Verbände.

Die Wahl ergab folgendes Resultat:
Vorstand: Reipart (267), Müller (274), Glasmann (272).
Sekretäre: Eggert (272), Knoll (239).
Redakteur: Umbreit (271).
Kassierer: Kube (270).

Vertreter: Tarnow (245), Reichel (267), Reuhes (229), Bernhardt (247), Jandke (240), Wähler (191), Schröder (240), Georg Schmidt (167).

Für Vertreten stimmten nur 60 Prozent der Delegierten.

Fel der Entscheidung der noch verbliebenen Anträge wurde die Unterbrechung sämtlicher oppositioneller Anträge abgelehnt. Eine Erhöhung des Bundesbeitrages um 66,66 Prozent wurde gegen die Opposition beschlossen. Der Beitrag beträgt jetzt monatlich für männliche Mitglieder 2,5 Pf., für weibliche Mitglieder 1,25 Pf.

Der arme enttäuschte Vorkwärts

Von Horst Fröhlich

Das Eigenartige am Kellogg-Pakt ist: er ist gar kein Pakt, er ist ein Versprechen, das nichts kostet. Die Herren Minister von 40 Staaten „hätten den Krieg“.

Aber sie rüsten munter weiter; Hermann Müller baut Panzerkreuzer und andere Kriegsschiffe, England macht Bombenflugzeugmanöver über London (später Moskau), Frankreich mobilisiert die gesamte Bevölkerung von Kind bis zum Greis für den nächsten Krieg, Amerika, die Mutter des schätzlichen Friedensengels, des Kellogg-Paktes, baut die stärkste Kriegsschiff- und Flotte der Welt.

Am 27. August 1928 wurde der Kellogg-Pakt förmlich unterschrieben. Die dritte „Weltenwende“ brach an. Benignens der erste Schritt dazu.

Erste Weltenwende am 29. August 1924: Die Strahlen der Dames-Sonne leuchten in den rationalisierten Betrieben das laulende Band in Bewegung und küssen die Kassenstränge der Unternehmer.

Zweite Weltenwende am 27. November 1923: Der berühmte Rocarno-Gesetz brach herein.

Dritte Weltenwende: am 27. August 1928: „Es wäre keine Uebertreibung zu sagen, daß wir seit gestern in einem neuen Zeitalter und in einer neuen Welt leben.“ (Vorkwärts vom 28. 8.)

Nämlich, wenn der Krieg in Zukunft unmöglich würde. Der Pakt ist der erste Schritt dazu. „Es hieße unsere eigene Kraft unterschätzen, wenn wir sagen wollten, der Kellogg-Pakt bedeute nichts.“ (Vorkwärts vom 28. 8.)

Wie alle weltumwälzenden Ereignisse kam der Kellogg-Pakt unter großen Hymnen. Anfangs wollte sich ihm niemand anschließen — außer Hermann Müller und Mussolini — dem sozialdemokratischen Reichsführer und dem faschistischen Hauptling, die als erste den Friedensschwur leisteten. Frankreich und England schlossen einen Kriegsbund. Sie pochten auf den Kriegspakt als den Keim der Weltfriedensbewegung. Sie wollten sich das Recht zum Krieg gegen Sowjetrußland nicht nehmen lassen. England, stützte erntet, bestand auf seiner „Kulturmission“ (Bombenabwürfe usw.) in seinen Kolonien und Mandatsländern. Frankreich verlangte „Sicherheit“ vor Deutschland, sein Recht auf Sanktionen und die Weitergeltung seiner Kriegsbündnisse auf dem Kontinent. Schließlich unterschrieben beide den Kellogg-Pakt, die „Leistung des Krieges“, nur mit dem kleinen Vorbehalt, weiterer Krieg führen zu dürfen.

Alles war in Ordnung. Der Vorkwärts jubilierte. Er bereitete eine große „Entlastungskampagne“ gegen die Sowjetunion vor, die als einziger Störenfried rücksichtslos den Kellogg-Pakt bekämpfte. Die Sowjetregierung, deren durchgreifende Abwehrmaßnahmen von den Imperialisten und Sozialimperialisten lärmlich abgelehnt worden waren, sagte, daß dem Pakt jede Verpflichtung zur Abhaltung fehlt und folglich die „Kriegs-

Unter den weiteren Anträgen, die angenommen wurden, ist hervorzuheben eine Statutenänderung, wonach einzelne Personen keine Anträge mehr zum ADGB-Kongress stellen können. Gegen 26 Stimmen wurde eine Statutenänderung beschlossen, die besagt, daß Verbände mit mehr als 500 000 Mitgliedern 2 Vertreter, und Verbände mit mehr als 100 000 Mitgliedern 3 Vertreter im Bundesausfluß erhalten sollen.

Abgelehnt wurde ein Antrag des Baugewerksbundes, die Liebertritzzeit von einem Verband zu dem anderen von drei Monaten auf vier Wochen zu verringern, weil das, wie Tarnow erklärte, organisatorische Verwirrung ergeben würde. Der Begründer des Antrages, Otto, Hamburg, betraf sich besonders darauf, daß auf den großen Sauplänen, wo es oft keine gemeinschaftliche Zuständigkeit gäbe, ein Tummelplatz für „unorganisierte Kommunisten und derlei Gesellschaft“ wäre, und die Annahme des Antrages den Kampf gegen die Kommunisten erleichtern würde.

Angenommen wurde der Antrag, der sich für den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag ausspricht.

Ein Antrag, der die Sicherung einer bestimmten Anzahl von Reichstags- und Landtagsmandaten für die Gewerkschaftsführer bezweckte, wurde abgelehnt, da die Gewerkschaften zur SPD in einem so persönlichen Verhältnis (Zwischenfall: „Auser Gehen“) ständen, daß hier eine besondere Festlegung nicht nötig sei.

Einige Anträge zur Wohnungsfrage, die die Bauarbeiter und Zimmerer gestellt hatten, wurden abgelehnt, da die Stellungnahme des ADGB zur Wohnungsfrage bekannt sei.

Ein Antrag des DMB, daß Mitglieder einer dem ADGB angeschlossenen Organisation nicht zum Uebertritt in eine WO-Organisation verpflichtet sein sollen, wenn sie in gemeinschaftlichen oder sonstigen gewerkschaftlichen Betrieben, in sozialpolitischen Einrichtungen oder bei Behörden beschäftigt sind, wird abgelehnt.

Unter den üblichen Schlussreden sind die Ausführungen von Schuhmann (Verkehrsbund) erwähnenswert, der zunächst dem Hamburger Senat für das Festhalten dankt und dann sagt:

„Nachdem wir ein mitbestimmendes Glied des neuen Staates geworden sind, haben wir das Recht, unsere Stellung am Staate einer gründlichen Revision zu unterziehen. Dieser Staat ist unser Staat!“

Mit dem Abfließen des Sozialistenmarsches wurde dieser ADGB-Kongress geschlossen.

...ung, für
...demokratie
...häfts
...sitzen des
...der Schlich-
...anigen Streber
...schen. Er paßt
...eben wird, soll
...brauchen keine
...offiziell autorisierte
...reue, die heißt
...Richtigkeiten zu
...süßung von ihr
...Vollstreckung
...agen mit allem
...aniffen von der
...die eigentlichen
...daran hindern
...die reale Macht
...treuzer zu be-
...n wenig zurück,
...e ernste. Seine
...teuerpläne und
...auf die zur
...der Partei, sie
...nd wirksam, wie
...nd Willkür und
...von größerer Be-
...ürts in Berlin,
...Stampfer, recht-
...rechtzeitig sich
...in Hamburg
...die Partei über
...Vollstreckungs-
...klar, daß die
...übergehend zur
...sch aufeinander,
...ach klar, daß es
...sprüchliche Em-
...zum Teil auf
...en, abgesehen
...amlung, sondern
...e Kommunisten
...nie dann Getue
...sicher. So gelang
...Zwar Stampfer
...einen Hund um
...so opferwillig
...tten. Aber der
...Arbeiter parti-
...ts, der Beschluß
...des Vorkwärts
...nenen“ Berliner
...ie werden zum
...sch bewunderns-
...nergie, mit
...ngenen Lokalen,
...s zeigen dürfen,
...tionärsfadern in
...SPD-Meinung
...nie sie besonders
...ngs wäre nicht
...e sich als letzte
...die 4 Minister
...iter gerade noch
...als vorher er-
...Arbeiterklasse
...daß der Kampf
...ein Kampf ist.
...Siege führen
...Helfer der Mi-
...nister Umgebung
...aus der Panzer-
...el, in die Kom-
...an die Organi-
...den Panzer-
...iert.